



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24631 - 39  
Fernschreiber 0886890

E/XIII/41 - 19. Februar 1958

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Neue "Test-Season" mit schmutzigen Bomben Alle Warnungen waren vergebens	60
3 - 4	Die Folgen von Hochdele Wachsende Zersetzung im konservativen Lager	67
5	Schwieriger Stalin Der 40. Band der Sowjet-Enzyklopädie ist erschienen	30
6 - 7	Wirbel um Gornulka-Interview Willkommener Grund für Ablehnung des Rapacki-Plans?	66

\* \* \* \* \*

### Neue "Test-Saison" mit schmutzigen Bomben

EKO- Mit dem Frühjahr, genau vom 9. April 1958 an, wird nach einer lakonischen Mitteilung der US Atomic-Energy-Commission eine weitere Reihe von Versuchen der Vereinigten Staaten mit Wasserstoff- und allen möglichen Kategorien von Plutoniumbomben auf dem bereits zum historischen Begriff gewordenen Eniwetok-Atoll beginnen. Ein Gebiet von 360 000 Quadratmeilen Ausdehnung wurde vorsorglich bereits jetzt zur Gefahrenzone erklärt.

Die Engländer werden den Amerikanern nicht nachstehen wollen und auf den Christmas-Inseln ebenfalls das verhängnisvolle Werk fortsetzen, mit dem sie am Ende der vergangenen "Saison", im Herbst 1957, aufhörten. Längst hat auch die Franzosen der Ehrgeiz gepackt. Sie denken, spätestens im Sommer der neuen "Saison" ihre erste Plutoniumbombe zur Detonation zu bringen und haben dafür die Sahara, sehr leichtfertig übrigens, ausersehen. Leichtfertig deshalb, weil der mit der Explosion in die Stratosphäre getragene Wüstenstaub eine unerhörte Gefährdung der afrikanischen und südeuropäischen Völker, vielleicht aber auch der Nationen Mitteleuropas, herbeiführen kann. Die Russen werden wiederum bemüht sein, es den Amerikanern, Engländern und Franzosen gleichzutun, also auch eine Serie ihrer Massenvernichtungswaffen in Sibirien und vielleicht im Bereich ihrer fernöstlichen Küsten erproben.

Es hat sich daher, trotz gegenseitiger Betsuerungen der Regierungen beider Grossmächte, es sei ein dringendes Erfordernis, jeden Kernwaffenversuch sofort einzustellen, nichts an der Fortsetzung des Spiels mit dem Feuer geändert. Dem Manifest und den Warnungen der "Achtzehn von Göttingen", dem Appell Albert Schweitzers liess der Papst vor knapp einem Jahr beschwörende Worte an alle Nationen folgen, die Menschheit möge unverzüglich "mit dem erschreckenden und kostspieligen Wettlauf zum Dole" aufhören. Seine Worte verhallten ungehört, wie alle vorhergehenden Mahnungen.

Lewis Strauss, Vorsitzender der Atomic-Energy-Commission, hat vielmehr bereits die vorbereitenden Arbeiten für die diesjährigen Tests mit schmutzigen und weniger schmutzigen Bomben in der Südsee beginnen lassen. Unseres Wissens fand der letzte amerikanische Versuch am 23. September 1957 statt. Es war die für das vergangene Jahr im Hoheitsbereich der USA 22. Atomexplosion. Sie ereignete sich in der Wüste von Nevada. Dieser Test besandete die Reihe des Pentagon vom Jahrgang 1957. Insgesamt dürften damit bis zum Ende 1957 auf der Erde zumindest 100, wahrscheinlich sogar 120 nukleare und thermokleare Bomben, die beiden ungeheuerlichen Tests auf Hiroshima und Nagasaki nicht eingerechnet, stattgefunden haben. Bisher fehlt eine verlässliche, der Öffentlichkeit zugängliche Statistik über die Zahl der detonierten Verrichtungswaffen.

Inwiefern lässt es sich aber unschwer voraussagen, dass 1958 die Amerikaner nicht hinter den Tests im Vorjahr zurückbleiben, dass sich die Engländer befleissigen werden, mit der "steigenden Tendenz" ihrer Erprobungen fortzusetzen, dass die Russen ihre eigenen Zehner-Reihen weitere anhängen werden, dass die Franzosen also auch beginnen und dass demnächst Plutonium- und Wasserstoffbomben auch auf den Schwarzen Markt - als Neuheit unter Waffenhändlern - auftauchen. Beispielsweise könnte der Algerien-Krieg auf diese Weise das Inferno einleiten.

Die Warnungen sind wieder einmal leerer Schall und Schwall geworden. "Nur keine Angst vor den Folgen der schmutzigen Bomben", meinen einige Wissenschaftler. Wir halten ihnen die Feststellung eines deutschen Experten entgegen, des Professors Lang aus Mainz, der ermittelt hat, dass der Strontium 90-Gehalt im Skelett der Kühe schon um das Fünfundzwanzigfache höher als im Knochengewebe des Menschen ist. Also muss auch die radioaktive Verseuchung unserer wichtigen Nahrungsmittel zunehmen. Sie wird weiter wachsen - Jahr um Jahr. Zunächst wieder mit der neuen "Test-Saison"!

Die Folgen von Rochdale

E.L. - London

Das "Regieren mit Halbwahrheiten", wie Richard Crossman die Macmillan-Regierung charakterisiert, hat in Rochdale eine niederschmetternde Niederlage erlitten. Man hätte damit gerechnet, dass die Konservativen den Wahlkreis, den sie 1951 von Labour erobert und 1955 mit verstärkter Mehrheit gehalten hatten, diesmal infolge der Intervention eines liberalen Kandidaten verlieren würden. Das geschah auch prompt. Der Labourkandidat McCann siegte mit 22 100 Stimmen, er hatte eine Mehrheit von 4 500 Stimmen gegenüber dem liberalen Kennedy, der 17 600 Stimmen erhielt. Erst in weitem Abstand folgte der konservative Kandidat Parkinson mit nur 9 800 Stimmen. Nur einer von je drei Wählern, die 1955 konservativ gestimmt hatten, blieb der Toryparty treu, während zwei von ihnen abschwankten und liberal wählten. Das Sensationelle an der Nachwahl in Rochdale ist also nicht der Sieg des Labourkandidaten, sondern die völlige Dezimierung der Torywählerschaft, die den Liberalen Hoffnung macht, bei Unterhauswahlen als "Dritte Kraft" wieder eine politische Rolle in England spielen zu können.

Man hat das Wahlergebnis hier nach den verschiedensten Gesichtspunkten analysiert. Im Zentralamt der Konservativen hat man ausgerechnet, dass die Wahl eine klare antisozialistische Mehrheit ergeben habe, die sich nur infolge der Versplünderungstaktik der Liberalen im Ergebnis nicht habe ausdrücken können. Das ist natürlich eine Milchmadchenrechnung. Hätten die Wähler von Rochdale sich eindeutig zwischen Konservativen und Labour entscheiden müssen, so hätte aller Erfahrung nach etwa ein Drittel derjenigen, die nun liberal wählten, sich für Labour ausgesprochen; der Laboursieg wäre noch eindrucksvoller gewesen.

Der liberale Kandidat trat ein: Für die Einstellung der Versuche und der Produktion der britischen Wasserstoffbombe, gegen die Inflation, gegen die zu hohe Besteuerung und gegen die Entwertung der Pensionen und Renten. Nimmt man an, dass die Wähler, die für ihn gestimmt haben, sich von diesem Programm bewegen ließen, so drängt sich eine Schlussfolgerung auf, die man bisher in keinem der Parteienlager zu

ziehen gewagt hat. Danach haben nämlich achtzig Prozent der Wähler in Rochdale die konservative Verteidigungspolitik, Verlass auf nukleare Vergeltung, abgelehnt. Dementsprechend haben sie auch die aussenpolitische Linie der Macmillan-Regierung verurteilt.

Man muss nun allerdings auch die Frage aufwerfen, warum die unzufriedenen Tory-Anhänger zu den Liberalen und nicht zu Labour hinüberwechselten. Das Wahlergebnis hat zwar bewiesen, dass der Stamm der Labourwähler treu zur Partei steht, es hat aber auch gezeigt, dass die Labourparty und ihr Programm nicht <sup>schlüssig</sup> Anziehungskraft auf die revoltierenden Wähler ausübt. In der Parteiführung hat man sich diese Schwäche nicht verhehlt und diskutiert, wie man sie überwinden kann. Das ist eine gesunde Einstellung.

Die erste Folge der konservativen Demütigung in Rochdale wirkte sich in einer bitteren Fehde zwischen Liberalen und Konservativen aus. Eine Gruppe von Konservativen, das sogenannte Komitee 1956, will eine Gegenoffensive gegen die liberale Partei organisieren, indem sie in den wenigen Wahlkreisen, in denen die Liberalen dank eines Wahlbündnisses mit den Konservativen bei den letzten Wahlen ihre Kandidaten durchbringen könnten, nun konservative Gegenkandidaten aufstellen wollen. Können sie ihre Drohung wahr, dann würden wahrscheinlich vier von den insgesamt fünf liberalen Abgeordneten des Unterhauses nicht wieder gewählt werden, die Wahlkreise aber würden von den Sozialisten erobert werden. Umgekehrt droht die Leitung der liberalen Partei, in über hundert Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen zu wollen. In den meisten dieser Wahlkreise dürfte Labour die lachende Dritte sein.

Man sollte wahrscheinlich die in der ersten Bot gedruckten Tory-Drohungen gegen die Liberalen nicht zu ernst nehmen. Wenn die Neuwahlen heranrücken, dürfte man sich eines anderen besonnen und durch Wahlbündnisse, wo immer es geht, die verhassten Labour-Kandidaten zu schlagen suchen. Im Augenblick aber beritzen Tories und Liberales sich gegenseitig und demonstrieren damit die Hohlheit ihrer eigenen Lösungen. Die Halbwahrheiten werden demaskiert - und die Methode der Tory-Regierung dadurch entwertet. Damit aber verkürzt sich automatisch die Zeit, während der sich Macmillan an der Macht halten kann.

### Schwieriger Stalin

K.S.- Zwei Jahre lang haben die Sowjet-Bewältigung und das internationalisierte Ausland auf den 40. Band der sowjetischen Enzyklopädie warten müssen. Das ist verständlich, wenn man weiss, dass er schliesslich vor dem Buchstaben "St" auch etwas über Stalin aussagen musste. Bis Ende hatte man vorgeschoben - jetzt ist der zweifellos schwierigste heraus, der vom Sputnik erzählt und von Stalin.

In der alten Sowjet-Enzyklopädie feierten die Verfasser über 46 Seiten hinweg den vierzehnmal in Illern erscheinenden "genialen Stalin, den weisen Führer der Menschheit"... in der neuen kommt er schlechter weg: Fünf Textseiten und ein Bild. Man spürt, wie die Autoren um jeden Satz gerungen haben.

Das jetzt gültige Stalin-Porträt halt die vorsichtige Mitte zwischen dem widerwärtigen Byzantismus von einst und der Deutung des XX. Parteitags vom Februar 1956. Vergeblich freilich sucht man nach den starken Worten der Chruschtschow'schen Geheimrede vor dem Zentralkomitee der KPdSU: Kein Satz sagt etwas über den herumschlungen und heintüchlichen Diktator Stalin, vor dem auch Chruschtschow gezittert haben will, von Lenins Warnung vor dem "Verleumder und Hinterbäcker". Etwas altmodisch er gewesen, arrogant, habe Personenkult getrieben. Im Übrigen aber überwiegen in der neuen Darstellung, die Verdienste des Diktators, der jetzt auch wieder als militärischer Genie firmiert, das ganz entscheidend den Weltkrieg gewinner half. Der alberne Dilettant, der auf dem Globus die Frontlinien einzeichnete, weil er keine Karte zu lesen verstand, der die Sowjet-Union soviel Blut kostete, weil er die dümmsten Befehle gab - dieses von Chruschtschow entworfenen Stalin-Bild verblasst und findet sich auch in der Sowjetenzyklopädie von heute nicht wieder.

Das Stalin-Porträt des soeben erschienenen 40. Bandes zeigt die ausgewogene Grenze der Entstalinisierung an, wie sie sich schon seit langen immer deutlicher abzeichnete. Es überrascht nicht mehr. Man fragt sich nur: Wie wird es in zehn, in zwanzig Jahren aussehen?

+ + +

### Wirbel um Gomulka-Interview

G.M.- Das Interview Gomulkas in der Londoner "Times" mit der Bemerkung, die Verbindung des Rapacki-Planes mit der Wiedervereinigung Deutschlands sei unreal, scheint manchen Brüdern der deutschen Wiedervereinigung in Bonn wie Honig und Balsam eingegangen zu sein. Verschiedentlich konnte man hören: "Da seht ihr's ja, der Rapacki-Plan ist ein Mittel zur Verhinderung der Wiedervereinigung. Gomulka hat es selbst gesagt!"

Die Tatsachen? Gewiss hat Gomulka erklärt, der Versuch, den Rapacki-Plan mit der Wiedervereinigung Deutschlands zu verkoppeln sei unrealistisch. Er hat aber auch hinzugefügt, es treffe nadererseit. zu, lass die, nahe und die Durchführung des Rapacki-Planes Bedingungen schaffen würden, die eine Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern könnten.

Nichts anderes haben auch bisher schon die Befürworter von Verhandlungen über den Rapacki-Plan in dem Vorschlag des polnischen Aussenministers zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa gesehen. Im Inland und im Ausland. Von sozialdemokratischer Seite ist z.B. nie behauptet worden, die Verwirklichung des Rapacki-Planes werde unmittelbar zur Wiedervereinigung Deutschlands führen. Es gibt mehr als eine sozialdemokratische Äusserung, aus der eindeutig hervorgeht, dass der Vorschlag des polnischen Aussenministers zunächst eine Verhandlungsgrundlage sei, dass die Verwirklichung des Planes ein Schritt in Richtung auf die Entspannung zwischen Ost und West in Europa darstelle und dass schliesslich, auf die Entspannung aufbauend, das Problem der deutschen Wiedervereinigung mit grösseren Erfolgchancen für seine Lösung erörtert werden könne, als wenn sich in Europa atomarbewaffnete Armeen des Ost- und Westblocks Auge in Auge gegenüberstehen.

Die deutsche Wiedervereinigung ist das Problem Nr. 1 der deutschen Politik - so haben es wenigstens alle demokratischen Parteien bisher erklärt. Nachdem in den vergangenen Jahren manche Gelegenheit von der Bundesregierung verpasst wurde, um dieses "Problem Nr. 1" seiner Lösung entgegenzuführen und seitdem die westdeutsche Aussenpolitik in eine Sackgasse geraten ist, sollte eigentlich jeder westdeutsche Politiker, der es mit der Wiedervereinigung ernst und ehrlich meint, gebotene Verhandlungsmöglichkeiten über den Ausweg aus der Sackgasse

mit Freuden aufgreifen. Tut es dies nicht und verbaut er sich hinter tausend "Wenn" und "Aber", setzt er sich nicht nur dem Verdacht aus, die Wiedervereinigung nicht zu wollen, sondern auch dem Vorwurf, sogar die Entspannung zwischen Ost und West zu verhindern.

Es ist durchaus richtig, wenn gesagt wird, dass die deutsche Wiedervereinigung und die Entspannung in einem Komplex gesehen werden sollen. Ebenso richtig ist es aber auch, dass die Wiedervereinigung höchstwahrscheinlich das Ergebnis einer systematisch befolgten Politik der Entspannung sein wird. Die bisherige westdeutsche Außenpolitik ist von der Voraussetzung ausgegangen, dass die Beteiligung der Bundesrepublik am Rüstungswettlauf zwischen Ost und West die Sowjetunion zu einer Entspannungspolitik veranlassen würde. Dieser Glaube war ein Irrglaube, denn die für jedermann feststellbaren Tatsachen beweisen, dass die Beteiligung an der sogenannten Politik der Stärke den Graben zwischen Ost und West und damit die Spaltung Deutschlands und Europas vertieft haben. Die Sowjetunion ist durch die Politik der Stärke des Westens nicht gefügiger geworden, sondern hat ihre Anstrengungen verdoppelt, um ebenso stark oder noch stärker zu sein als der Westen.

Diese bittere Wahrheit sollte jene zur Vorsicht mahnen, die uns jetzt auch wieder nichts anderes vorzuschlagen haben, als die deutsche Beteiligung am Rüstungswettlauf - wenn möglich sogar mit atomaren Waffen - fortzusetzen. Logischer wäre es, wenn das Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung ehrlich gemeint ist, den Prozess einer aktiver Wiedervereinigungspolitik mit einer systematischen Entspannungspolitik einzuleiten. Und hierfür dürfte die Verwirklichung des Rapacki-Planes, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und der allmähliche Abzug fremder Streitkräfte aus Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei viel, viel realere Voraussetzungen bieten, als die bisherige Politik, deren A und O darin bestand, auf einer Schelk anderthalb zu setzen.

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel